

Ulis Newsletter zur Corona-Krise vom 16.07.2020

Liebe Freundinnen und Freunde,

Klimaaktivistinnen um Greta Thunberg haben die Europäische Union zu klaren Maßnahmen gegen die drohende Klimakatastrophe aufgerufen. Die EU dürfe nicht länger so tun, als könne man die Klima- und Umweltkrise lösen, ohne sie als eigentliche Krise zu behandeln, erklärten Thunberg und die deutsche Fridays-for-Future-Mitstreiterin Luisa Neubauer in einem Brief an die EU-Führung und die Staats- und Regierungschefs des Staatenbundes. Von Freitag an geht es auf einem EU-Sondergipfel in Brüssel um den Haushalt der Union und die geplanten Milliardenausgaben, die die Folgen der Corona-Krise abfedern sollen. Klimaschützer halten es für entscheidend, das Geld in eine grüne Wirtschaft zu investieren.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen schrieb am Donnerstag nach einem Treffen mit den Klima-Aktivistinnen - zwei von ihnen waren per Video zugeschaltet -, auf Twitter: „Es ist inspirierend, junge Aktivisten zu treffen. Wir stimmen darüber überein, dass schnelles Handeln gegen den Klimawandel nötig ist“. Die EU-Staaten hätten sich mit ihren Unterschriften unter dem Pariser Weltklimaabkommen dazu bekannt, eine Führungsrolle beim Klimakampf einnehmen zu wollen, hieß es in dem Schreiben, das neben Klimaforschern wie Johan Rockström und Stefan Rahmstorf auch prominente Unterstützer wie der Hollywood-Star Leonardo DiCaprio und die Friedensnobelpreisträgerin Malala Yousafzai unterzeichnet hatten. „Die EU hat dazu die wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten, weshalb es unsere moralische Pflicht ist. Jetzt müssen Sie Ihre Versprechen tatsächlich einhalten“. Gut, dass Friday for Future sich zurückmeldet! Herzliche grüne Grüße, Uli

Entwicklung der Corona-Fallzahlen

Bundesebene:

16.07.2020: 200.260 Fälle insgesamt (& 534); 9.078 Todesfälle (& 7).

(Quelle: RKI, online aktualisiert um 08:35 Uhr)

Landesebene:

16.07.2020: 36.2274 Fälle insgesamt (& 37); 1.839 Todesfälle (& 1); 33.824 genesen (& 33).

Im Land sind aktuell 611 Menschen infiziert.

(Quelle: Sozialministerium BW, 16 Uhr)

Kreisebene:

16.07.2020: 1015 Fälle insgesamt (& 4); 40 Todesfälle (-); 944 genesen (& 1).

Im Landkreis sind aktuell 31 Menschen infiziert.

(Quelle: Gesundheitsamt RNK, 12.30 Uhr)

Corona-bedingte Nachrichten

Inland

Weitere Unterstützung der Kommunen

Wie Ihr wisst, wollen die grün-schwarze Koalition und die Landesregierung den Kommunen wegen der Corona-Krise weiterhin helfen. Am Montagabend hatten wir die Präsidenten und Hauptgeschäftsführer/-in den kommunalen Landesverbänden (Landkreistag, Städtetag und Gemeindetag) bei uns zu Gast und haben mit ihnen über ein weiteres kommunales Unterstützungsprogramm gesprochen. Dieses wollen wir noch vor der Sommerpause mit den kommunalen Landesverbänden vereinbaren, so dass ihr in den Kommunen alsbald Planungssicherheit habt. Wir wollen in diesem weiteren Unterstützungsprogramm die Kommunen insbesondere bei den Gewerbesteuerausfällen, bei den Schlüsselzuweisungen nach dem kommunalen Finanzausgleich, bei der Neuaufstellung des öffentlichen Gesundheitsdienstes und den Kliniken unterstützen. Derzeit gehe ich davon aus, dass ich euch kommende Woche weitere Details berichten kann. Insgesamt könnte es ein richtig starkes Paket werden.

Hier findet ihr nochmals nachrichtlich die bisherigen Hilfeleistungen des Landes an die Kommunen:

- Liquiditätshilfe „Hilfsnetz für Familien“ in Höhe von 200 Mio. Euro (Auszahlung im April und Mai 2020).
- Ausgleich der Elternanteile für nicht genutzte Schülertickets in Höhe von 36,8 Mio. Euro (Auszahlung im Mai 2020)
- Liquiditätshilfe im Rahmen der Finanzzuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz in Höhe von 517 Mio. Euro (Auszahlung am 10. Juni 2020)
- 65 Mio. Euro zur Verdoppelung der Bundesmittel (ebenfalls 65 Mio. Euro) für digitale Endgeräte an Schulen.
- 78 Mio. Euro für die Beschaffung von Beatmungsgeräten, Schutzkleidung und sonstigen Maßnahmen im Bereich Gesundheitsschutz (bereits ausgezahlt).
- 200 Mio. Euro Hilfen für den ÖPNV.
- Unterstützung der Städte und Gemeinden mit einer weiteren höheren Abschlagszahlung zur Sicherung der Liquidität (HKK 29.06.2020). Dabei wird die FAG-Abschlagszahlung auf Basis der höheren Berechnungswerte aus 2019 gewährt. Das stärkt die Liquidität der Kommunen.

Dissens zwischen Chorverbänden und Kultusministerium bahnt sich an

Kirchliche und weltliche Chorverbände im ganzen Land protestieren gegen die geplanten Corona-Regeln für Schulen nach den Sommerferien. Es geht um das pauschale Gesangsverbot in geschlossenen Räumen. In einem Schreiben fordern die Verbände

Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) auf, das Konzept zu überarbeiten. Die Verbände haben nach eigenen Angaben bereits erfolgreiche Hygienekonzepte entwickelt, um Chorproben wieder stattfinden lassen zu können und bieten dem Kultusministerium ihre Unterstützung an.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/chorverbaende-kritisieren-corona-regelungen-schulen-100.html>

Die größten Probleme im Schulalltag

Der Schulbetrieb im Südwesten läuft seit Monaten im Ausnahmezustand - und wird das noch eine Weile tun. Nach den Sommerferien sollen die weiterführenden Schulen wieder voll öffnen. Der Verband Bildung und Erziehung hat eine repräsentative Umfrage unter Lehrern an Grund- und weiterführenden Schulen in Baden-Württemberg in Auftrag gegeben. Darin geht es darum, wo die Lehrer der Schuh drückt in Pandemie-Zeiten.

Knapp jedem dritten Lehrer (31 Prozent) geht das zu schnell. 39 Prozent sind demnach der Meinung, man hätte mit der Öffnung der Grundschulen Ende Juni noch bis nach den Sommerferien warten sollen. Die Lehrer benennen in der Umfrage die aus ihrer Sicht größten Probleme im Schulalltag in Pandemie-Zeiten:

ABGEHÄNGTE KINDER - Der Schul-Lockdown hat die Wissenskluft zwischen den Kindern verschärft. Schwächere Schüler verlieren den Anschluss. Als größte pädagogische Herausforderung in der Schulöffnungsphase betrachten die meisten Lehrer (77 Prozent) den Ausgleich von Lernrückständen.

LEHRERMANGEL - Bereits vor Corona mangelte es an Lehrkräften im Land. Mehr als die Hälfte der befragten Lehrer berichtet auch, dass die Arbeitsbelastung seit der Krise deutlich (28 Prozent) oder etwas (25 Prozent) höher sei als davor. Fernunterricht, versäumter Stoff, Ferien-Nachhilfe, Notbetreuung, gestaffelte Bewegungspausen, zeitversetzter Unterricht, Masken auf dem Pausenhof - der Organisationsaufwand ist sicherlich gewaltig.

HYGIENE - Lehrer sitzen jeden Tag mit vielen Kindern in einem Raum - nicht wenige sorgen sich vor Infektionen. Rund ein Drittel der Lehrer hält sich für nicht ausreichend geschützt, an den Grundschulen sind es sogar 41 Prozent.

LAPTOPS UND DIGITALE AUSSTATTUNG - Rund 40 Prozent fordern eine bessere digitale Ausstattung von Schülern wie Lehrern - das formulieren die Lehrkräfte als dringlichste Erwartung an das Kultusministerium. Die Ausstattung mit digitalen Endgeräten wird auch als erstes auf die Frage genannt, was die Lehrer bei ihrer Arbeit in der momentanen Situation am stärksten entlasten würde.

https://www.vbe-bw.de/wp-content/uploads/2020/07/forsa_text_Schulbetrieb-unter-Corona-Bedingungen.pdf

Bund und Länder einigen sich auf lokale Ausreisesperre bei Corona-Hotspots

Bund und Länder wollen künftig zielgenauer mit kleinräumigen Maßnahmen auf lokale Ausbrüche der Corona-Pandemie reagieren. Ausreisesperren soll es geben können, wenn die Zahl der Infektionen in dem betroffenen Gebiet weiter steigt oder es keine Gewissheit gibt, dass die Infektionsketten unterbrochen sind, vereinbarten Kanzleramtschef Helge Braun und die Staatskanzleichefs der Länder am Donnerstag in eineinhalbstündigen Beratungen. Diese Maßnahmen sollten zielgerichtet sein und müssten sich nicht auf einen gesamten Landkreis oder eine ganze kreisfreie Stadt beziehen.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) soll mit seinen Kollegen in den Ländern angesichts der laufenden Urlaubszeit kurzfristig die nationale Teststrategie für den Umgang mit Reiserückkehrern weiterentwickeln. Sie sollen Kriterien festlegen, ob, wann und in welchem Umfang Tests für Rückkehrer sinnvoll sind. Dies könne der Fall sein, wenn eine Urlaubsregion eine deutlich höhere Zahl aktiver Fälle aufweist als Deutschland im Durchschnitt - auch wenn die Kriterien für ein Risikogebiet noch nicht erreicht seien.

Mobilitätsbeschränkungen in Corona-Hotspots sollten sich je nach den örtlichen Gegebenheiten auf die betroffenen Bereiche oder kommunalen Untergliederungen auch in Nachbarkreisen beschränken, heißt es im Beschluss.

Interessant gerade in der Urlaubszeit sind Details für aus dem In- und Ausland zurückkehrende Urlauber. So gelten Reiserückkehrer aus dem Inland, die sich mehrere Tage in einem besonders betroffenen Gebiet aufgehalten haben, nicht als Ansteckungsverdächtige, wenn sie die dort geltenden Beschränkungen eingehalten haben.

Rückkehrer aus dem Ausland, die sich in den 14 Tagen vor der Einreise in einem Risikogebiet aufgehalten haben, müssen sich weiterhin direkt für 14 Tage in häusliche Quarantäne begeben. Ausnahmen sind nur bei Durchreise und triftigen beruflichen Gründen möglich - oder wenn man mit ärztliches Zeugnis belegen kann, dass man innerhalb von 48 Stunden vorher negativ getestet wurde.

Als Corona-Risikogebiete gelten Regionen, in denen die Zahl der Neuinfektionen 50 pro 100 000 Einwohner in sieben Tagen übersteigt oder große Unsicherheit über die tatsächliche Ausbreitung herrscht.

Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager, begrüßte den Verzicht von Bund und Ländern auf Ausreisesperren für ganze Landkreise.

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-07/europaeische-union-angela-merkel-eu-wiederaufbaufonds-sondergipfel-kompromiss>

<https://www.sueddeutsche.de/politik/corona-deutschland-aktuell-1.4965422>

30 Tage Corona-Warn-App: Eine Zwischenbilanz

Vor genau einem Monat stand die Corona-Warn-App der Bundesregierung erstmals zum Herunterladen bereit. Inzwischen zählt das Robert-Koch-Institut fast 16 Millionen Downloads des Programms, das im Ernstfall der Unterbrechung von Infektionsketten dienen soll. Die hohe Akzeptanz der App hierzulande lässt Regierungen anderer Staaten neugierig nach Deutschland blicken. Das wiederum freut die Bundesregierung. Die Corona-Warn-App hat inzwischen den Status eines nationalen Prestigeobjekts.

Zu Recht?

<https://www.rnd.de/politik/30-tage-corona-warn-app-eine-zwischenbilanz-ZU5XPQPUSJFUHEUIAVJHNL3DL4.html>

Krankschreibung per Video wird erlaubt

Patienten können sich künftig per Videosprechstunde vom Arzt krankschreiben lassen. Voraussetzung für die Krankschreibung per Video ist, dass der Versicherte der behandelnden Arztpraxis bekannt ist und die Erkrankung eine Untersuchung per Videosprechstunde zulässt. Das beschloss der Gemeinsame Bundesausschuss von Spitzenvertretern der Ärzte, Krankenkassen und Krankenhäuser, wie das Gremium am Donnerstag in Berlin mitteilte. Ein Anspruch der Versicherten auf Krankschreibung per Videosprechstunde besteht jedoch nicht. Die neue Möglichkeit wurde unabhängig von der Corona-Pandemie geschaffen, wie der Ausschuss betonte.

<https://www.zeit.de/wissen/gesundheit/2020-07/krankschreibung-videosprechstunde-gesundheitswesen-arztpraxis-corona-digitalisierung>

Rhein-Neckar-Kreis

Quarantänepflicht für Einreisende aus Risikogebieten

Mit den gegenwärtigen allgemeinen Lockerungen der Maßnahmen, die zur Eindämmung der Coronavirus-Pandemie betrogen, steigt auch wieder der innereuropäische Reiseverkehr. Nicht nur wegen der anstehenden Sommerferien weist das Gesundheitsamt des Rhein-Neckar-Kreises darauf hin, dass Personen, die aus einem Risikogebiet nach Deutschland einreisen, sich unverzüglich nach der Einreise bei der zuständigen Ortspolizeibehörde ihres Aufenthaltsortes melden und sich in eine 14-tägige Quarantäne begeben müssen. Risikogebiete sind ein Land oder eine Region außerhalb Deutschlands, für welche zum

Zeitpunkt der Einreise in die Bundesrepublik ein erhöhtes Risiko für eine Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 besteht.

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/aktuelles/quarantaenepflicht+fuer+einreisende+aus+risikogebieten.html>

350 Edeka-Mitarbeiter werden getestet

Das Gesundheitsamt des Rhein-Neckar-Kreises will am Donnerstag, 16. Juli, 350 Beschäftigte aus dem Frischelager von Edeka Südwest in Heddesheim auf das Coronavirus testen. Hintergrund der Aktion seien zwei Virusnachweise bei Mitarbeitern des Frischelagers Anfang Juli und am vergangenen Wochenende.

<https://www.wnoz.de/350-Edeka-Mitarbeiter-werden-getestet-b379cc95-a574-4ed8-be8d-a064af3098ca-ds>

Ausland

Frankreich verschärft Maskenpflicht

Wegen steigender Corona-Infektionszahlen führt Frankreich ab der kommenden Woche eine Maskenpflicht in allen geschlossenen Räumen ein, die öffentlich zugänglich sind. Es handele sich um eine "präventive" Maßnahme, betonte der neue Regierungschef Jean Castex im Pariser Senat. Präsident Macron hatte zuvor gesagt, die Ausbreitung des neuartigen Coronavirus beschleunige sich wieder.

<https://www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-coronavirus-donnerstag-125.html#Frankreich-verschaerft-Maskenpflicht>

Israel droht der zweite Lockdown

1780 Neuinfektionen vermeldete Israel am Donnerstag - so viele wie nie zuvor an einem Tag seit Beginn der Coronakrise. Dabei galt Israel lange Zeit als vorbildlich im Umgang mit der Pandemie: Als eines der ersten Länder schloss es gleich im März seine Grenzen für ausländische Touristen. Die Bewegungsfreiheit war massiv eingeschränkt, die Wirtschaft heruntergefahren. Das Virus schien eingedämmt, nun droht dem Land der zweite Lockdown. Wie konnte das passieren?

<https://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/coronavirus-in-israel-droht-zweiter-lockdown-nach-steigenden-neuinfektionen-a-6af1bfdc-0c50-49c3-b079-60e0e1a99fa3>

Nachrichten – (fast) ohne Corona

Deutschlands Wäldern geht es so schlecht wie nie zuvor

Die Schäden in deutschen Wäldern haben nun ein historisches Ausmaß erreicht, erklärten Forstwissenschaftler am Donnerstag in Berlin. „Wir erleben gerade die schwerwiegendste Waldschaden-Situation seit Beginn der geregelten nachhaltigen Waldbetreuung und Waldbewirtschaftung, das heißt also seit mehr als 200 Jahren“, sagte Waldschutz-Professor Michael Müller von der Technischen Universität Dresden. Auslöser seien Stürme, eine Massenvermehrung von laub- und nadelfressenden Insekten sowie die trockenen Jahre 2018 bis 2020. „Diese Kombination gab es bisher nicht.“

<https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/deutschland-schlimmste-waldschaeden-seit-200-jahren-a-1268e25a-ca87-4150-a938-430937d3d7a5>

ÖPNV-Zukunftskommission des Verkehrsministeriums – Ziel ÖPNV-Strategie 2030

Ein zentrales Ziel für den Klimaschutz ist die Verdopplung der Nachfrage im öffentlichen Nahverkehr bis 2030 (Bezugsjahr 2010). Zur Erarbeitung der ÖPNV-Strategie 2030 hat das Land die ÖPNV-Zukunftskommission einberufen. Das Verkehrsministerium schafft mit der ÖPNV-Zukunftskommission ein innovatives Format mit Expertinnen und Experten, dass uns bei der ÖPNV-Strategie für 2030 unterstützt. Wie schon im Strategiedialog mit der Automobilindustrie ist es sinnvoll, mit allen relevanten Akteuren an einem Tisch zu sitzen, deren Fachwissen zu nutzen und Interessen auszugleichen.

Um unser anspruchsvolles Ziel, die Nachfrage im ÖPNV bis 2030 zu verdoppeln, müssen wir viel Geld bereitstellen und den organisatorischen Rahmen so effizient wie möglich gestalten. Wir wollen unsere Klimaschutzziele erreichen und müssen im ÖPNV dafür auf ein ganz neues Level kommen.

<https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/verkehrsminister-hermann-wir-muessen-den-oepnv-neu-und-gross-denken/>

Neue "NSU 2.0"-Mails bedrohen auch Journalistinnen

Ein neues "NSU 2.0"-Drohschreiben richtet sich nach hr-Informationen auch an zwei Journalistinnen. Sie werden ebenso wie die Linken-Politikerinnen Wissler, Renner und Helm mit dem Tod bedroht. Bereits 2017 gab es unzulässige Datenabfragen von hessischen Polizisten. Der Verfasser deutet an, selbst Polizist zu sein, schon mehrere rechtsextreme Mails verschickt zu haben und kündigt weitere Drohschreiben an. Aktuell sind ausschließlich Frauen von den Schreiben betroffen.

Das Drohschreiben, das dem hr vorliegt, ist im Stil eines Zuschauerbriefs an die ZDF-Moderatorin Maybrit Illner adressiert. Darin wird vorgeschlagen, neben den Linkenpolitikerinnen Janine Wissler, Martina Renner und Anne Helm sowie der Kabarettistin Idil Baydar auch die taz-Journalistin Hengameh Yaghoobifarah in eine Sendung mit dem Thema "Wann wird Deutschland endlich abgeschafft?" einzuladen.

<https://www.hessenschau.de/gesellschaft/neue-nsu-20-mails-bedrohen-auch-journalistinnen,neue-todesdrohungen-100.html>

<https://www.nzz.ch/international/affaere-um-droh-mails-hessens-polizeipraesident-tritt-zurueck-ld.1566310?reduced=true>

Türkisches Gericht verurteilt Deniz Yücel zu zwei Jahren und neun Monaten Haft

Ein Gericht in Istanbul hat den "Welt"-Journalisten wegen Propaganda für die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Vom Vorwurf der Volksverhetzung und der Propaganda für die Gülen-Bewegung ist Yücel in Abwesenheit freigesprochen worden. Als Belege für die Anschuldigungen gegen Yücel führt die Staatsanwaltschaft unter anderem Artikel auf, die Yücel in seiner Zeit als Türkei-Korrespondent in der Welt veröffentlicht hatte. Darunter ist etwa ein Interview mit dem Kommandeur der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK, Cemîl Bayik. Die Staatsanwaltschaft wirft Yücel in dem Zusammenhang vor, die PKK als "legitime und politische Organisation" darzustellen. 367 Tage war der Journalist (früher „taz“ und „Jungle World“) Deniz Yücel in der Türkei im Gefängnis, erst nach diplomatischem Druck aus Deutschland durfte er 2018 ausreisen.

<https://www.sueddeutsche.de/politik/deniz-yuecel-urteil-1.4968954>

Tag für Tag – wichtige Informationsquellen

Webseiten

Bundesebene und weltweit:

https://www.rki.de/DE/Home/homepage_node.html

<https://www.youtube.com/playlist?list=PLRsi8mtTLFAyJaujkSHyH9NqZbgm3fcvy>

(Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)

<https://www.bmbf.de/de/faktencheck-zum-coronavirus-11162.html>

(Faktencheck des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)

Baden-Württemberg:

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/coronavirus-liveblogbw-100.htm>

<https://www.verbraucherzentrale-bawue.de/beratung-daheim>

Rhein-Neckar-Kreis:

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/landratsamt/coronavirus++faq.html>

Wichtig für euren persönlichen Umgang:

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein->

NeckarKreis2016/get/params_E1009443154/2445770/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinschätzung.pdf

Wichtige Infos in anderen Sprachen:

<https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-undperson/informationen-zumcoronavirus>

Informationen in leichter Sprache:

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/coronavirusleichte-sprachegebaerensprache>

Hotlines Baden-Württemberg:

Telefonberatung für psychisch belastete Menschen: 0800 377 377 6 (täglich, 8 bis 20 Uhr)

Hotline Landesgesundheitsamt: 0711 904-39555 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr)

Corona-Hotline für Unternehmen: 0800 40 200 88 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr, kostenfrei)

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“: 0800 011 6010 (aufgrund der Isolation rechnen Expertinnen und Experten mit einem Anstieg an Gewalt, insbesondere gegen Frauen – schrecklich!!)

Task Force „Beschaffung Schutzkleidung“: 0800 67 38 311 (Mo – Fr, 7 bis 22 Uhr; Sa – So, 9 – 18 Uhr) (Wer etwa Atemschutzmasken, Mundschutze etc. spenden will oder Ideen zur Bestellung hat, soll sich bitte hier melden)

Rhein-Neckar-Kreis: Hotline Gesundheitsamt Rhein-Neckar 06221 – 522 – 1881 (Mo – Fr, 7.30 – 19 Uhr)